

**TOP 2: Tagesordnung der 994. Sitzung des Bundesrates
am 9. Oktober 2020**

Das Abstimmungsverhalten des Landes wird im Anschluss an die Plenarsitzung auf der Transparenzplattform veröffentlicht, siehe nachfolgende Seiten im pdf-Dokument.



Rheinland-Pfalz

Abstimmungsverhalten des Landes Rheinland-Pfalz in der 994. Sitzung des Bundesrates am Freitag, 9. Oktober 2020¹:

Zustimmung zu den Empfehlungen und Vorschlägen in Umdruck 7/2020 (gemeinsame Abstimmung nach § 29 Absatz 2 GO, sog. „Grüne Liste“).

Zu den weiteren Tagesordnungspunkten:

1. Wahl des Präsidiums

gemäß Artikel 52 Absatz 1 GG i.V.m.
§ 5 Absatz 1 GO BR

Zustimmung zum Wahlvorschlag.

2. Wahl des Vorsitzenden und der stellvertretenden Vorsitzenden der Europakammer

gemäß § 45c GO BR

Zustimmung zum Wahlvorschlag.

3. Wahl der Vorsitzenden der Ausschüsse

gemäß § 12 Absatz 1 GO BR
Drucksache 507/20

Zustimmung zur Wahlvorschlag gem. Drs. 507/20.

¹ siehe auch die Erläuterungen am Ende des Dokuments

4. Wahl der Schriftführer

gemäß § 10 Absatz 1 GO BR
Drucksache 508/20

Zustimmung zum Wahlvorschlag gem. Drs. 508/20.

6. Gesetz für ein Zukunftsprogramm Krankenhäuser (Krankenhauszukunftsgesetz - KHZG)

gemäß Artikel 77 Absatz 2 GG
Drucksache 528/20
Drucksache 528/1/20

Ein Antrag auf Anrufung des Vermittlungsausschusses lag nicht vor.
Zustimmung zur Entschließung gem. Empfehlungsdrucksache 528/1/20.
Keine Zustimmung zu den Plenaranträgen in den Drucksachen 528/2/20 und 528/3/20.

10. Gesetz zur Umsetzung der Abfallrahmenrichtlinie der Europäischen Union

gemäß Artikel 77 Absatz 2 GG
Drucksache 531/20
zu Drucksache 531/20
zu Drucksache 531/20 (2)
Drucksache 531/1/20

Zustimmung zur Anrufung des Vermittlungsausschusses gemäß Ziffer 1 der
Empfehlungsdrucksache 531/1/20.
Zustimmung zur Entschließung gemäß Ziffern 2 und 3.

12. Entwurf eines Gesetzes zur Erweiterung der Aufgaben des Medizinischen Dienstes

gemäß Artikel 76 Absatz 1 GG
Antrag der Länder Schleswig-Holstein,
Hamburg
Drucksache 534/20
Drucksache 534/1/20

Zustimmung zur Einbringung beim Deutschen Bundestag gemäß gemäß Ziffer 1 der
Empfehlungsdrucksache 534/1/20.
Zustimmung zur Beauftragten-Bestellung gemäß Ziffer 2.

13. Entwurf eines Gesetzes zur Erleichterung des Familiennachzuges

gemäß Artikel 76 Absatz 1 GG
Antrag des Landes Berlin
Drucksache 512/20
Drucksache 512/1/20

Der TOP wurde von der Tagesordnung abgesetzt.

15. a) Entwurf eines ... Gesetzes zur Änderung des Bundesberggesetzes (BBergG)

gemäß Artikel 76 Absatz 1 GG
Antrag des Landes Niedersachsen
Drucksache 422/20
Drucksache 422/1/20

Zustimmung zur Entschließung gemäß Ziffer 1 der Empfehlungsdrucksache 422/1/20.
Keine Zustimmung zur Entschließung gemäß Ziffer 2.
Keine Zustimmung zur unveränderten Einbringung des Gesetzentwurfs.

15. b) Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Umweltverträglichkeitsprüfung bergbaulicher Vorhaben (UVP-V Bergbau)

gemäß Artikel 80 Absatz 3 GG
Antrag des Landes Niedersachsen
Drucksache 423/20
Drucksache 423/1/20

Keine Zustimmung zur Zuleitung an die Bundesregierung gemäß Ziffer 1 der Empfehlungsdrucksache 423/1/20.

16. a) Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Beschäftigungsverordnung

gemäß Artikel 80 Absatz 3 GG
Antrag der Länder Rheinland-Pfalz,
Bremen, Thüringen und Hamburg
Drucksache 501/20
Drucksache 501/1/20

Zustimmung zur Zuleitung an die Bundesregierung gemäß Ziffer 1 der Empfehlungsdrucksache 501/1/20.

16. b) Sechste Verordnung zur Änderung der Beschäftigungsverordnung

gemäß Artikel 80 Absatz 2 GG
Drucksache 490/20
Drucksache 490/1/20

Zustimmung zur Verordnung nach Maßgabe gemäß Ziffer 1 der Empfehlungsdrucksache 490/1/20.

Keine Zustimmung zur Maßgabe gemäß Ziffer 2.

Hilfsweise Zustimmung zur unveränderten Verordnung.

Zustimmung zur EntschlieÙung gemäß Ziffer 4.

Keine Zustimmung zur EntschlieÙung gemäß Ziffer 5.

18. EntschlieÙung des Bundesrates zur Verbesserung der Förderung der beruflichen Weiterbildung bei Transferkurzarbeitergeld

Antrag der Länder Bremen, Thüringen
und Rheinland-Pfalz
Drucksache 521/20

Zustimmung zum Fassen der EntschlieÙung.

20. EntschlieÙung des Bundesrates zur Änderung des Tierschutzgesetzes und der Tierschutz-Versuchstierverordnung

Antrag der Freien und Hansestadt
Hamburg
Drucksache 511/20
Drucksache 511/1/20

Der TOP wurde von der Tagesordnung abgesetzt.

21. EntschlieÙung des Bundesrates - Der Bund muss die Bereitstellungskosten für die Offenhaltung der Flughäfen während der COVID-19-Pandemie übernehmen

Antrag des Landes Nordrhein-
Westfalen
Drucksache 536/20
Drucksache 536/1/20

Keine Zustimmung zum Fassen der EntschlieÙung nach Maßgabe gemäß Ziffer 1 der Empfehlungsdrucksache 536/1/20.

Zustimmung zur unveränderten EntschlieÙung gemäß Ziffer 2.

Keine Zustimmung in der Schlussabstimmung nach Maßgabe in Ziffer 1.

22. Entschließung des Bundesrates zur Anpassung der Regelungen zum Krankengeld bei Erkrankung des Kindes an die aktuelle Pandemiesituation

Antrag des Landes Schleswig-Holstein
Drucksache 533/20
Drucksache 533/1/20

Zustimmung zum Fassen der Entschließung nach Maßgabe gemäß Ziffer 1 der Empfehlungsdrucksache 533/1/20.

Hilfsweise Zustimmung zur unveränderten Entschließung gemäß Ziffer 2.
Zustimmung in der Schlussabstimmung.

24. Entschließung des Bundesrates zur "Graue-Flecken-Förderung der Bundesregierung"

Antrag der Länder Hessen und
Mecklenburg-Vorpommern
Drucksache 509/20

Zustimmung zum Fassen der Entschließung.

26. Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der Transparenz in der Alterssicherung und der Rehabilitation sowie zur Modernisierung der Sozialversicherungswahlen (Gesetz Digitale Rentenübersicht)

gemäß Artikel 76 Absatz 2 GG
Drucksache 485/20
Drucksache 485/1/20

Stellungnahme gemäß Empfehlungsdrucksache 485/71/20 ohne die Ziffern 2, 5 bis 7 und 10.

Zustimmung zum Plenarantrag in Drucksache 485/2/20.

27. Entwurf eines Gesetzes zur Ermittlung von Regelbedarfen und zur Änderung des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch sowie des Asylbewerberleistungsgesetzes

gemäß Artikel 76 Absatz 2 Satz 4 GG
Drucksache 486/20
Drucksache 486/1/20

Stellungnahme gemäß Empfehlungsdrucksache 486/1/20.

Hilfsweise Zustimmung zu keine Einwendungen gemäß Ziffer 8.

28. Entwurf eines Zehnten Gesetzes zur Änderung des Weinggesetzes

gemäß Artikel 76 Absatz 2 GG
Drucksache 487/20
Drucksache 487/1/20

Stellungnahme gemäß Empfehlungsdrucksache 487/1/20 ohne die Ziffern 1, 9 und 10.

29. Entwurf eines Jahressteuergesetzes 2020 (Jahressteuergesetz 2020 - JStG 2020)

gemäß Artikel 76 Absatz 2 Satz 4 GG
Drucksache 503/20
zu Drucksache 503/20
Drucksache 503/1/20

Stellungnahme gemäß Empfehlungsdrucksache 503/1/20 ohne die Ziffern 7, 9, 13, 19, 24, 25, 27, 39, 41 bis 43, 64 und 67 bis 71.
Zustimmung zum Plenarantrag in Drucksache 503/2/20.

30. Entwurf eines Gesetzes zur Durchführung der Verordnung (EU) 2019/1148 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 über die Vermarktung und Verwendung von Ausgangsstoffen für Explosivstoffe, zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1907/2006 und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 98/2013

gemäß Artikel 76 Absatz 2 GG
Drucksache 489/20
Drucksache 489/1/20

Stellungnahme gemäß Empfehlungsdrucksache 489/1/20 ohne Ziffer 2.

31. Entwurf eines Gesetzes zur Verschiebung des Zensus in das Jahr 2022 und zur Änderung des Aufenthaltsgesetzes

gemäß Artikel 76 Absatz 2 Satz 4 GG
Drucksache 504/20
Drucksache 504/1/20

Stellungnahme gemäß Empfehlungsdrucksache 504/1/20 ohne die Ziffern 2 bis 11.

**34. Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 2014/65/EU im Hinblick auf die Informationspflichten, die Produktüberwachung und die Positionslimits zur Förderung der wirtschaftlichen Erholung von der COVID-19-Pandemie
COM(2020) 280 final**

gemäß Artikel 12 Buchstabe b EUV
und §§ 3 und 5 EUZBLG
Drucksache 457/20
zu Drucksache 457/20
Drucksache 457/1/20

Stellungnahme gemäß Empfehlungsdrucksache 457/1/20 ohne Ziffer 8.
Hilfsweise Zustimmung zur Kenntnisnahme gemäß Ziffer 9.

35. Erste Verordnung zur Änderung der Lebensmittelinformations-Durchführungsverordnung

gemäß Artikel 80 Absatz 2 GG
Drucksache 465/20
Drucksache 465/1/20

Zustimmung zur Verordnung gemäß Ziffer 1 der Empfehlungsdrucksache 465/1/20 und zum Fassen der EntschlieÙung gemäß Ziffer 2.

36. Ausbildungs- und Prüfungsverordnung über die Ausbildung zur Anästhesietechnischen Assistentin und zum Anästhesietechnischen Assistenten und über die Ausbildung zur Operationstechnischen Assistentin und zum Operationstechnischen Assistenten und zur Änderung der Ausbildungs- und Prüfungsverordnung für Notfallsanitäterinnen und Notfallsanitäter

gemäß Artikel 80 Absatz 2 GG
Drucksache 491/20
Drucksache 491/1/20

Zustimmung zur Verordnung nach Maßgabe gemäß Empfehlungsdrucksache 491/1/20 ohne die Ziffern 15 und 20.

Zustimmung zur EntschlieÙung gemäß Ziffer 30.

Hilfsweise Zustimmung zur unveränderten EntschlieÙung gemäß Ziffer 31.

Zustimmung zum Plenarantrag in Drucksache 491/2/20.

39. Verordnung zur Novellierung des Fertigpackungsrechts

gemäß Artikel 80 Absatz 2 GG
Drucksache 493/20
Drucksache 493/1/20

Zustimmung zur Verordnung nach Maßgabe gemäß Empfehlungsdrucksache 493/1/20 ohne die Ziffern 2 und 3.
Hilfsweise Zustimmung zur unveränderten EntschlieÙung gemäß Ziffer 4.

42. Entwurf eines Gesetzes zur Reform des Verbots missbräuchlicher Vaterschaftsanerkennungen

gemäß Artikel 76 Absatz 1 GG
Antrag des Landes Nordrhein-Westfalen
gemäß § 36 Absatz 2 GO BR
Drucksache 586/20

Ausschusszuweisung.

43. EntschlieÙung des Bundesrates für eine Klärung der Kostenübernahme für Assistenzkräfte im Krankenhaus sowie in Rehabilitationsmaßnahmen für behinderte Menschen

Antrag der Freien Hansestadt Bremen
gemäß § 36 Absatz 2 GO BR
Drucksache 583/20

Ausschusszuweisung.

44. EntschlieÙung des Bundesrates: Konjunkturprogramme durch Bürokratieabbau ergänzen

Antrag des Landes Nordrhein-Westfalen
gemäß § 36 Absatz 2 GO BR
Drucksache 582/20

Ausschusszuweisung.

45. Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der Bekämpfung der besonders schweren Steuerhinterziehung

gemäß Artikel 76 Absatz 1 GG
Antrag des Landes Nordrhein-Westfalen
gemäß § 36 Absatz 2 GO BR
Drucksache 590/20

Ausschusszuweisung.

46. Entschließung des Bundesrates zur Verlängerung des erleichterten Zugangs zur sozialen Sicherung

Antrag des Landes Rheinland-Pfalz
gemäß § 36 Absatz 2 GO BR
Drucksache 592/20

Ausschusszuweisung.

47. Entschließung des Bundesrates "Europas Zukunft jetzt gestalten"

Antrag des Landes Hessen
gemäß § 36 Absatz 2 GO BR
Drucksache 591/20

Ausschusszuweisung.

48. Erstes Gesetz zur Änderung des Brennstoffemissionshandelsgesetzes

gemäß Artikel 77 Absatz 2 GG
Drucksache 593/20
zu Drucksache 593/20

Ein Antrag auf Anrufung des Vermittlungsausschusses lag nicht vor.

49. Gesetz zur Änderung des Bundeswahlgesetzes und des Gesetzes über Maßnahmen im Gesellschafts-, Genossenschafts-, Vereins-, Stiftungs- und Wohnungseigentumsrecht zur Bekämpfung der Auswirkungen der COVID-19-Pandemie

gemäß Artikel 77 Absatz 2 GG
Drucksache 594/20

Ein Antrag auf Anrufung des Vermittlungsausschusses lag nicht vor.

Umdruck 7/2020 („Grüne Liste“)

Betr.: 994. Sitzung des Bundesrates
am Freitag, dem 9. Oktober 2020, 9.30 Uhr

Zu den Punkten 5, 7 bis 9, 11, 14, 17, 19, 23, 25, 32, 33, 37, 38, 40 und 41 der Tagesordnung der 994. Sitzung des Bundesrates am Freitag, dem 9. Oktober 2020, möge der Bundesrat gemäß den vorliegenden Empfehlungen und Vorschlägen beschließen:

I.

Zu den Gesetzen einen Antrag auf Anrufung des Vermittlungsausschusses nicht zu stellen:

5. Siebtes Gesetz zur Änderung des Kraftfahrzeugsteuergesetzes

gemäß Artikel 77 Absatz 2 GG
Drucksache 527/20
Ausschussbeteiligung - Fz -

7. Gesetz zur Stärkung des fairen Wettbewerbs

gemäß Artikel 77 Absatz 2 GG
Drucksache 529/20
Ausschussbeteiligung - R -

8. Gesetz zur Förderung der Elektromobilität und zur Modernisierung des Wohnungseigentumsgesetzes und zur Änderung von kosten- und grundbuchrechtlichen Vorschriften (Wohnungseigentumsmodernisierungsgesetz - WEMoG)

gemäß Artikel 77 Absatz 2 GG
Drucksache 544/20
Ausschussbeteiligung - R -

9. Gesetz zur Änderung des Kapitalanleger-Musterverfahrensgesetzes

gemäß Artikel 77 Absatz 2 GG
Drucksache 530/20
Ausschussbeteiligung - R -

11. Erstes Gesetz zur Änderung des Batteriegesetzes

gemäß Artikel 77 Absatz 2 GG
Drucksache 532/20
Ausschussbeteiligung - U -

II.

Den Gesetzentwurf gemäß Artikel 76 Absatz 1 GG beim Deutschen Bundestag einzubringen und gemäß § 33 GO BR einen Beauftragten zu bestellen:

14. Entwurf eines ... Gesetzes zur Änderung des Einführungsgesetzes zum Gerichtsverfassungsgesetz - Erleichterung der Datenübermittlung bei Kindeswohlgefährdungen

gemäß Artikel 76 Absatz 1 GG
Antrag des Landes Nordrhein-Westfalen
Drucksache 476/20
Drucksache 476/1/20
Ausschussbeteiligung - R - FJ - In -

III.

Die Vorlage für den Erlass einer Rechtsverordnung gemäß Artikel 80 Absatz 3 GG der Bundesregierung zuzuleiten:

17. Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Verordnung über Sicherheit und Gesundheitsschutz auf Baustellen (Baustellenverordnung - BaustellV)

gemäß Artikel 80 Absatz 3 GG
Antrag des Landes Hessen
Drucksache 520/20
Ausschussbeteiligung - AIS - G - Wi -
- Wo -

IV.

Die EntschlieÙungen zu fassen:

19. EntschlieÙung des Bundesrates zur Bekämpfung des grenzüberschreitenden Handels mit nicht rechtskonformen E-Zigaretten

Antrag des Landes Niedersachsen

Drucksache 497/20

Ausschussbeteiligung

- AV - G - Wi -

23. EntschlieÙung des Bundesrates "Unzulässige Kapitalanlagegenossenschaften wirkungsvoll bekämpfen - Vorschläge zur Anpassung des Genossenschaftsgesetzes zum Schutze des Genossenschaftswesens"

Antrag des Landes Baden-Württemberg

Drucksache 500/20

Ausschussbeteiligung

- R - Wi -

25. EntschlieÙung des Bundesrates für eine Erhöhung der Flexibilität im Stromsystem durch eine Reform der rechtlichen Rahmenbedingungen für die Nutzung von Stromspeichern

Antrag des Landes Niedersachsen

Drucksache 498/20

Ausschussbeteiligung

- Wi - U -

V.

Gegen den Gesetzentwurf keine Einwendungen zu erheben:

32. Entwurf eines Gesetzes zu dem Protokoll vom 9. Dezember 2019 zur Änderung des Abkommens vom 28. Juni 2004 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Singapur zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen

gemäß Artikel 76 Absatz 2 Satz 4 GG

Drucksache 488/20

Ausschussbeteiligung

- Fz -

VI.

Von der Vorlage Kenntnis zu nehmen:

33. Klimaschutzbericht 2019

Drucksache 519/20
Ausschussbeteiligung

- U -

VII.

Den Vorlagen ohne Änderung zuzustimmen:

37. Zweite Verordnung zur Änderung der Passverordnung, der Personalausweisverordnung und der Personalausweisgebührenverordnung

gemäß Artikel 80 Absatz 2 GG
Drucksache 492/20
Ausschussbeteiligung

- In - Fz -

38. Verordnung zur Umsetzung pandemiebedingter und weiterer Anpassungen in Rechtsverordnungen auf Grundlage des Energiewirtschaftsgesetzes

gemäß Artikel 80 Absatz 2 GG
Drucksache 464/20
Ausschussbeteiligung

- Wi -

VIII.

Entsprechend den Anregungen und Vorschlägen zu beschließen:

40. a) Benennung von Beauftragten des Bundesrates in Beratungsgremien der Europäischen Union für die Beratende Gruppe der Kommission für Bauprodukte

gemäß § 6 Absatz 1 EUZBLG i.V.m.
Abschnitt I der Bund-Länder-Vereinbarung
Drucksache 522/20
Drucksache 522/1/20
Ausschussbeteiligung

- EU - Wo -

40. b) Benennung von Beauftragten des Bundesrates in Beratungsgremien der Europäischen Union für die Expertengruppe der Kommission für Tabakpolitik sowie für deren Untergruppen "Zutaten von Tabakerzeugnissen" und "elektronische Zigaretten"

gemäß § 6 Absatz 1 EUZBLG i.V.m.
Abschnitt I der Bund-Länder-Vereinbarung
Drucksache 523/20
Drucksache 523/1/20
Ausschussbeteiligung

- EU - AV -

41. Vorschlag der Bundesministerin der Justiz und für Verbraucherschutz für die Ernennung von Bundesanwälten beim Bundesgerichtshof

gemäß § 149 GVG
Drucksache 515/20

Erläuterungen:

Art und Umfang der Mitwirkungsrechte des Bundesrates

Die Länder wirken gemäß Artikel 50 Grundgesetz bei der Gesetzgebung und der Verwaltung des Bundes und in Angelegenheiten der Europäischen Union mit. Art und Umfang der Mitwirkungsrechte richten sich nach der jeweiligen Vorlage. Die häufigsten Vorlagen sind:

a) Gesetzentwürfe der Bundesregierung

Noch bevor sich der Deutsche Bundestag mit einem Gesetzentwurf der Bundesregierung befasst, kann der Bundesrat zu dem Entwurf Stellung nehmen oder keine Einwendungen beschließen. Eine Stellungnahme des Bundesrates wird dem Bundestag dann in der Regel gemeinsam mit dem Gesetzentwurf zugeleitet.

b) Gesetzesbeschlüsse des Deutschen Bundestages

Bei zustimmungsbedürftigen Gesetzen kann der Bundesrat nach der Verabschiedung durch den Bundestag den Vermittlungsausschuss anrufen, dem Gesetz zustimmen oder nicht zustimmen.

Bei nicht zustimmungsbedürftigen Gesetzen kann der Bundesrat den Vermittlungsausschuss anrufen oder das Gesetz passieren lassen. Nach einem abgeschlossenen Vermittlungsverfahren kann der Bundesrat Einspruch gegen ein vom Bundestag beschlossenes nicht zustimmungsbedürftiges Gesetz einlegen oder das Gesetz passieren lassen.

An der Eingangsformel eines Gesetzes lässt sich erkennen, ob es sich nach Auffassung des Urhebers um ein zustimmungsbedürftiges oder nicht zustimmungsbedürftiges Gesetz handelt. Sie lautet entweder "Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen" oder "Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen". Weitere Erläuterungen siehe <http://www.bundesrat.de/DE/aufgaben/gesetzgebung/zust-einspr/zust-einspr.htm>.

c) Gesetzesinitiativen der Länder

Der Bundesrat hat neben Bundestag und Bundesregierung ein Initiativrecht in der Gesetzgebung. Der Bundesrat kann auf Antrag eines oder mehrerer Länder beschließen, einen Gesetzentwurf mit oder ohne Maßgaben (=Änderungen gegenüber der Vorlage) beim Deutschen Bundestag einzubringen.

Weitere Erläuterungen zum Ablauf des Gesetzgebungsverfahrens sind unter <http://www.bundesrat.de/DE/aufgaben/gesetzgebung/verfahren/verfahren.html> abrufbar.

d) Entschließungsanträge der Länder

Als politische Ergänzung des Initiativrechts kann das parlamentarische Mittel der Entschließung eingesetzt werden. Der Bundesrat kann auf Antrag eines oder mehrerer Länder beschließen, eine Entschließung mit oder ohne Maßgaben zu fassen. Entschließungen sind rechtlich jedoch nicht verbindlich.

e) EU-Vorlagen

Neben einem umfassenden Informationsanspruch hat der Bundesrat die Möglichkeit, der Bundesregierung gegenüber Stellungnahmen zu allen EU-Vorlagen abzugeben, die Länderinteressen berühren. Der Bundesrat kann seine Stellungnahmen auch der EU-Kommission direkt übermitteln.

Erläuterungen zur Mitwirkung in Europäischen Angelegenheiten sind unter <http://www.bundesrat.de/DE/aufgaben/mitwirkung-eu/mitwirkung-eu-node.html> abrufbar.

f) Rechtsverordnungen

Der Bundesrat befasst sich mit Rechtsverordnungen der Bundesregierung oder einzelner Bundesministern, sofern diese zustimmungsbedürftig sind. Einer solchen Verordnung kann der Bundesrat mit oder ohne Maßgaben zustimmen oder ihr die Zustimmung versagen.

Der Bundesrat hat zudem ein eigenes Antragsrecht für Rechtsverordnungen. Er kann der Bundesregierung auf Antrag eines oder mehrerer Länder Vorlagen für den Erlass von Verordnungen mit oder ohne Maßgaben zuleiten.

g) Allgemeine Verwaltungsvorschriften

Ebenso wie Rechtsverordnungen sind auch zahlreiche Allgemeine Verwaltungsvorschriften von der Zustimmung des Bundesrates abhängig, wenn durch diese Vorschriften Kompetenzen der Länder berührt werden. Der Bundesrat kann einer solchen Verwaltungsvorschrift mit oder ohne Maßgaben zustimmen oder ihr nicht zustimmen.

h) Berichte der Bundesregierung

Der Bundesrat kann zu einem Bericht der Bundesregierung Stellung oder ihn zur Kenntnis nehmen.

i) Benennungen von Gremienvertretern des Bundesrates

Der Bundesrat hat aufgrund verschiedener Vorschriften die Möglichkeit, Gremienvertreter, z.B. in Bundesanstalten oder EU-Gremien, zu benennen.

j) Verfahren vor dem Verfassungsgericht

Der Bundesrat kann sich zu Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht äußern oder seinen Beitritt erklären.

Ausschussempfehlungen und Plenaranträge, sofortige Sachentscheidung

In der Regel werden alle Vorlagen von den fachlich zuständigen Ausschüssen beraten. Diese geben dem Bundesrat Empfehlungen ab, die in der sog. Empfehlungsdruksache veröffentlicht werden. Die Empfehlungsdruksache hat in der Regel die Ziffer „1“ in der Drucksachenummerierung eingeschoben. Die Grunddruksache 123/14 beispielsweise hat die zugehörige Empfehlung in Drs. 123/1/14.

Der Bundesrat stimmt in der Regel über die einzelnen Ziffern einer Empfehlungsdruksache ab.

Der Bundesrat stimmt weiterhin über Plenaranträge eines oder mehrerer Länder ab. Diese werden ebenfalls in einer Drucksache veröffentlicht; in der Regel werden die Ziffern 2 fortfolgende in die Drucksachenummerierung eingeschoben, beispielsweise Drs. 123/2/14, 123/3/14.

Haben Ausschussberatungen nicht stattgefunden oder sind sie noch nicht abgeschlossen, kann ein Land die sofortige Entscheidung in der Sache beantragen. Der Bundesrat stimmt dann in der Regel zunächst über den Antrag auf sofortige Sachentscheidung ab.

Im Bundesrat wird in der Regel durch Handaufheben abgestimmt. Allgemein stellt der Bundesratspräsident nur die Ja-Stimmen und damit die Mehrheit oder Minderheit fest. Weitere Hinweise zur Stimmabgabe im Bundesrat finden sich unter <http://www.bundesrat.de/DE/bundesrat/br-plenum/stimmabgabe/stimmabgabe-node.html>.

Die angegebenen **Drucksachen** des Bundesrates sind unter <http://www.bundesrat.de/DE/dokumente/dokumente-node.html> abrufbar.

Inhaltliche Erläuterungen zu allen Tagesordnungspunkten der 994. Plenarsitzung sind unter <http://www.bundesrat.de/SharedDocs/TO/994/download/994-erlaeuterungen.pdf> abrufbar.

Plenarprotokolle sind unter <http://www.bundesrat.de/DE/dokumente/plenarprotokolle/plenarprotokolle-node.html> abrufbar.